

POLIT TALK

Es geht um unsere Arbeitsplätze!

Am 8. Februar stimmen wir über die Personenfreizügigkeit mit den Balkanländern Rumänien und Bulgarien ab. Natürlich braucht die Schweizer Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte. Doch dies hat nichts mit Personenfreizügigkeit zu tun. Die Schweiz kann immer so viele Fachkräfte einwandern lassen, wie sie will. Personenfreizügigkeit heisst etwas ganz anderes: Die Einwanderung ist nicht mehr kontrollierbar.

Jeder EU-Bürger hat einen Rechtsanspruch darauf. Mit der Personenfreizügigkeit kann jeder kommen, der Arbeit sucht oder sich auf einen Arbeitsvertrag stützt. Jede Aufenthaltsbewilligung für eine Arbeitskraft gilt immer auch für den Ehegatten, für Kinder und Enkel sowie für Eltern und Grosseltern beider Ehepartner. Und wer Dienstleistungen als Selbstständiger anbietet, benötigt überhaupt keine Arbeitsbewilligung.

Es gibt auch keine Möglichkeit mehr, die Einwanderung von der Integrationsfähigkeit, den Sprachkenntnissen oder der Arbeitsmoral abhängig zu machen. Alle können kommen.

Die Folgen sind trotz Übergangsfristen und flankierenden Massnahmen bereits drastisch: Die Schweizer Wohnbevölkerung erlebte 2007 die stärkste Zunahme seit Jahren. Mit 75 400 Personen lag der Wanderungssaldo (Einwanderungen minus Auswanderungen) um satte 92 Prozent über den Zahlen aus dem Jahr 2006. Nach 1961/62 ist das die höchste Zuwanderung in der Geschichte der Schweiz. Unser Ausländeranteil ist weltweit einer der höchsten.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage muss die Schweiz dem Anstieg der Arbeitslosigkeit vorbeugen können. Dies ist mit Personenfreizügigkeit nicht möglich. Unkontrollierte Einwanderung ist der stärkste Treiber von mehr Arbeitslosigkeit und Sozialkosten. Schon heute sind 43 Prozent aller Arbeitslosen in der Schweiz Ausländer. Und was passiert mit all jenen Eingewanderten, die

ihre Stelle wieder verlieren? Es ist ein Wunschtraum zu glauben, diese würden wieder gehen. Schweizer Arbeitslosengeld



ist klar attraktiver als z.B. Hartz IV und übersteigt den Durchschnittslohn von Rumänien und Bulgarien bei Weitem. Das verschärft die Krise, drückt die Löhne und steigert die Armut.

Da Rumänien und Bulgarien für Bandenkriminalität bekannt sind, droht ein Kriminalitätsanstieg. Dazu müsste die Schweiz neue Kohäsionszahlungen von 257 Millionen an diese Länder leisten. Das ist absurd! Selbst die EU hat

Zahlungen an Bulgarien wegen horrender Korruption eingefroren. Die Ausdehnung ist besonders verhängnisvoll, weil der gesamte Balkan und evtl. sogar die Türkei folgen.

Die Alternative ist eine eigenständige Ausländerpolitik, die flexibel dem Markt entsprechend reagieren kann. Das EU-Modell ist starr und einseitig. Die Schweiz kann mit allen Staaten Verträge abschliessen, bei welchen freie Einwanderung im gegenseitigen Interesse liegt.

Eine angebliche Kündigung der Bilateralen aufgrund der Nicht-Ausdehnung des Abkommens auf Rumänien und Bulgarien ist reine Propaganda.

Auch die EU-Staaten haben ein Interesse an Verträgen und am wirtschaftlichen Austausch mit der Schweiz. Aufgrund der problematischen Einwanderung werden auch innerhalb der EU die Schranken für Rumänien und Bulgarien immer höher angesetzt. Ein Nein stärkt die Position der Schweiz, auch bei Verhandlungen mit der EU.

*Lukas Reimann, SVP-
Nationalrat, Wil,
www.lukas-reimann.ch*